

Amt für Gesellschaftsfragen

# Alters- und Generationenpolitik der Stadt St. Gallen

Grundlagenpapier der Konferenz für  
Alters- und Behindertenfragen



NAVYBOOT  
SCHERER

BONI

ROMA

BAUMGÄRTNER  
KAFFEE

WEI

Leitung  
Papier

ERGESSE

CLUB



Angesichts des steigenden Anteils betagter Menschen an der Stadtbevölkerung kommt der Alters- und Generationenpolitik ein hoher Stellenwert im kommunalen Gemeinwesen zu. Eine umfassende Grundlagenarbeit für die Alters- und Generationenpolitik der Stadt St.Gallen wurde der Öffentlichkeit bisher noch nicht vorgelegt. Der neu zusammengesetzte Ausschuss der städtischen Konferenz für Alters- und Behindertenfragen (KABF) kam zu einer Strategiediskussion zusammen, mit dem Ziel, umsetzungsorientierte Grundlagen für eine städtische Alters- und Generationenpolitik vorzulegen. Dabei wurde bewusst ein generationenübergreifender Ansatz gewählt, da eine Beschränkung auf die Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren den Blick auf wichtige Zusammenhänge und Solidaritätsleistungen zwischen den Generationen versperrt hätte.

Der Strategieprozess führte zu einer Auswahl von drei Schwerpunktthemen, bei denen Handlungsbedarf und Handlungsmöglichkeiten auf städtischer Ebene geortet wurden:

- Leitideen der städtischen Alters- und Generationenpolitik
- Wohnformen im Alter
- Soziale Teilhabe im Alter und zwischen den Generationen

Die Erarbeitung des Grundlagendokuments geschah stets mit Blick auf die Umsetzung. Die Verankerung in den lokalen Institutionen, das Fachwissen aus dem Sozialbereich und der Alterswissenschaft sowie der Bezug zu den Fraktionen im Stadtparlament wurden über die Vernehmlassung bei den KABF-Arbeitsgruppen sichergestellt.

Die wichtigsten Ergebnisse sind in der vorliegenden Broschüre zusammengefasst. Die Umsetzungsvorschläge sind nicht verpflichtend, sie zeigen der Politik und Verwaltung jedoch auf, wo Handlungsbedarf und Handlungsmöglichkeiten bestehen.

## LEITIDEEN DER STÄDTISCHEN ALTERS- UND GENERATIONEN-POLITIK



**Besonders im Sozialbereich sind strategische Fragen eng verknüpft mit Werthaltungen. Werte bestimmen die generelle Ausrichtung einer Politik und spielen so bei jeder Diskussion eine zentrale Rolle. Ob sie nun direkt ausgesprochen oder indirekt mitgedacht werden. Das Voranstellen und das Offenlegen der Werthaltungen bietet Orientierungshilfe und umreisst den Grundkonsens, auf dem die städtische Alterspolitik aufbaut.**

### **Kompetenzorientierung**

Lange Zeit konzentrierte sich die Sozialpolitik vor allem auf die Beseitigung von Schwächen älterer Menschen. Dadurch sind die Fähigkeiten aus dem Blickfeld geraten. Wichtig ist es, die Kompetenzen und Ressourcen des Alters zu erkennen, sie zu stärken und auszubauen. Davon profitiert sowohl der Einzelne als auch die Gemeinschaft.

### **Subsidiarität**

Dem Prinzip der Subsidiarität folgen heisst, gesellschaftliche Herausforderungen möglichst nahe an der Lebenswelt der Betroffenen zu lösen. Dabei sollen die Selbsthilfepotenziale des Individuums in der Planung von Hilfeleistungen einbezogen werden und die öffentliche Hand soll dort ergänzend eingreifen, wo Lücken im privaten Angebot bestehen.

### **Gegenseitiger Respekt**

Alterspolitik heisst weder, dass die politisch immer einflussreicher werdende Gruppe der älteren Menschen nur Forderungen an die Gemeinschaft richtet, noch, dass diese pauschal als Belastung für die Gesellschaft hingestellt werden darf. Unsere Gesellschaft ist auf gegenseitigen Respekt und auf ein Geben und Nehmen zwischen den Generationen angewiesen.

### **Solidarität auch über Generationen hinweg**

Verwandtenunterstützung, Zeitausch, Nachbarschaftshilfe, Freiwilligenarbeit: Dies alles sind Formen von Solidarität, die teilweise generationenübergreifend stattfinden. Gesunde und Starke setzen sich für Hilfsbedürftige ein, Reiche für Arme, Junge für Alte, Alte für Junge. Die Stadt sieht ihre Aufgabe darin, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass innerhalb der eigenen Generation und über die Generationen hinweg solidarisches Verhalten gedeihen kann.

### **Erhalt der Selbstständigkeit und Selbstbestimmung**

Die meisten Menschen möchten solange wie möglich im eigenen Haushalt leben. Dies ist durch den Ausbau der Hilfe und Pflege zu Hause ermöglicht worden und soll weiter gefördert werden. «Ambulant vor stationär» entspricht nicht nur den Bedürfnissen einer grossen Mehrheit, es ist

auch volkswirtschaftlich vorteilhafter. Wird der Übertritt in ein Alters- oder Pflegeheim aktuell, ist es ein unbestrittener Grundsatz, dass Selbstständigkeit und Selbstbestimmung so weit wie möglich erhalten werden sollen.

### **Langsamkeit als Qualität anerkennen**

Die zunehmende Langsamkeit im Alter kann auch als Ressource für die Gesellschaft verstanden werden. Sie stellt ein Gegengewicht zur allgegenwärtigen Hektik dar und kann eine mögliche andere Orientierung für wichtige Fragen im Leben der «Schnellen» eröffnen.

## WOHNEN IM ALTER



**Während die Frischpensionierten oft sehr mobil sind, nimmt der Aktionsradius in späteren Lebensphasen aufgrund gesundheits- und altersbedingter Einschränkungen ab. Für die Lebensqualität werden daher die Wohnsituation und die Gestaltung des Wohnumfeldes zu wichtigen Faktoren. Es ist von grosser Bedeutung, Wohnverhältnisse und Unterstützungsangebote zu schaffen, die dazu beitragen, Selbstständigkeit und Selbstbestimmung so lange wie möglich zu erhalten und zu stärken.**

### **Bedeutung des Quartiers**

Um das selbstständige Wohnen im Alter zu fördern, ist der Bezug zum Quartier und zu den vorhandenen sozialen Netzen zu berücksichtigen. Vorhandene Strukturen im Quartier sind zu stärken. Wo sie fehlen, sind sie gezielt aufzubauen, auch zum Nutzen anderer Zielgruppen wie etwa Familien und Kinder. Alterspolitik umfasst auch stadt- und verkehrsplanerische Massnahmen im Bereich der Infrastruktur, die in Gehdistanz erreichbar ist (Einkaufsmöglichkeiten, Gastronomie, Parks, usw.) und in der Stadtplanung allgemein (Wohnungsbau, Verkehrsinfrastruktur, Verkehrsführung, öffentliche Gebäude, usw.).

### **Förderung der Nachbarschaftshilfe**

Nachbarschaftshilfe kann oft das Wohnen in der eigenen Wohnung verlängern. Sie

wird begünstigt, wenn das Quartier ein vertrauter sozialer Nahraum ist. Benachteiligte Quartiere benötigen gezielte Investitionen in die Quartierarbeit, um verschiedene Formen von Nachbarschaftshilfe möglich zu machen.

### **Dienstleistungen der Hilfe und Pflege zu Hause**

Ein leistungsfähiges und qualitativ hoch stehendes Gesamtsystem der Hilfe und Pflege zu Hause trägt dazu bei, dass das «normale» Wohnen in der vertrauten Umgebung so lange wie möglich gelebt werden kann. Dies gilt es weiter zu fördern. Betreuende Angehörige, die viel zur Lebensqualität der Betroffenen beitragen und das Gemeinwesen entlasten, sollen durch ein finanzierbares Unterstützungsangebot entlastet werden, um der Überforderung vorzubeugen.

### **Förderung neuer Wohnformen**

Künftige ältere Generationen wünschen sich grössere Wahlmöglichkeiten der Wohnformen. Die Vielfalt sollte sich dabei nicht nur am Grad der Hilfsbedürftigkeit ausrichten, sondern auch unterschiedlichen Lebensstilen gerecht werden. Dies auch vor dem Hintergrund der durch die Immigration bewirkten Vielfalt in unserer Stadt. Wichtig sind auch die Verfügbarkeit barrierefreier Wohnungen und deren Erschliessung. Ein breiteres Angebot an Wohnformen erhöht

ausserdem die Chancen für einen verstärkten Austausch zwischen den Generationen. Es gilt zudem, die Starthilfebeiträge zur Förderung von neuen Wohn- und Betreuungsformen verstärkt zu nutzen.

### **Unterstützung privater Initiativen im stationären Bereich**

Die Stadt St.Gallen betreibt nur zwei Prozent des Bettenangebots in Alters- und Pflegeheimen selber. Der Rest wird von privaten Trägerschaften bereitgestellt. Die Stadt kann sich jedoch mit bis zu 40 Prozent an den Investitionskosten beteiligen und stellt auf diese Weise sicher, dass ein ausreichendes Angebot an Heimplätzen besteht. Diese Arbeitsteilung hat sich bewährt. Auch künftig setzt die Stadt auf private Initiativen und trägt durch Mitfinanzierung sowie fachliche Begleitung dazu bei, dass die Versorgung mit stationären Angeboten der Altershilfe gewährleistet ist.

## SOZIALE TEILHABE IM ALTER UND SOLIDARITÄT ZWISCHEN DEN GENERATIONEN



**Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben hängt auch von den Mobilitätsmöglichkeiten ab. Diese nehmen mit dem Alter eher ab. Wichtig ist es, sich im öffentlichen Raum sicher aufhalten und bewegen zu können sowie Zugang zur öffentlichen Infrastruktur zu haben.**

### Begegnungsmöglichkeiten zwischen den Generationen

Sozialbeziehungen zwischen den Generationen beschränken sich heute überwiegend auf Familie und Beruf. Junge und ältere Menschen begegnen sich ausserhalb dieser Bereiche eher selten. Wer nur wenig vom anderen weiss, für den bleibt die Solidarität zwischen den Generationen eine Worthülse. Das Verständnis für Bedürfnisse der anderen Generationen nimmt ab und der soziale Zusammenhalt bröckelt. Deshalb gilt es, in die Begegnungsmöglichkeiten zwischen den Generationen zu investieren.

### Soziokultur und Gemeinwesenarbeit

Soziokultur ist die Kultur des Zusammenlebens. Zu den soziokulturellen Einrichtungen gehören z.B. Quartiertreffs, Nachbarschaftshilfe in den Quartieren, Bildungs- und Kulturangebote, gesamtstädtische soziokulturelle Zentren. Verschiedene Kontaktstellen sowie die Gemeinwesenarbeit unterstützen die Umsetzung von Projekten. Damit wird es Vereinen, Interessensgruppen oder Einzelpersonen ermöglicht, Projekte zu ent-

wickeln, welche der Verbesserung des Zusammenlebens dienen.

### Mobilität als Voraussetzung für die Teilhabe am sozialen Leben

Mobilitätseingeschränkten Menschen soll die Teilhabe am sozialen Leben ermöglicht werden. Dazu müssen Hürden erkannt und überwunden werden. Barrierefreie Mobilität ist dann gegeben, wenn eine weitgehend gleichberechtigte, selbstbestimmte und gefahrlose Nutzung des öffentlichen Raumes und von Verkehrssystemen durch alle Menschen unabhängig von Alter, Fähigkeiten und Eigenschaften möglich ist.

### Barrierefreie öffentliche Verwaltung

Zahlreiche ältere oder behinderte Menschen empfinden die Kommunikation mit öffentlichen Stellen als schwierig: Hör-, Sprech- und Sehbehinderungen erschweren den Austausch. Oft ist das Tempo für die Betroffenen zu hoch. Beim persönlichen, schriftlichen oder elektronischen Kontakt der Stadtverwaltung mit Bürgerinnen und Bürgern sollen unterschiedliche Bedürfnisse berücksichtigt werden.

### Kommunikationsbedürfnisse älterer Menschen

Die elektronische Kommunikation ist aus dem heutigen Leben nicht mehr wegzudenken. Viele ältere Menschen haben diese Entwicklung nicht mehr aktiv mitge-

macht. Von öffentlicher Seite gilt es, den unterschiedlichen und sich wandelnden Kommunikationsbedürfnissen älterer Einwohnerinnen und Einwohner Rechnung zu tragen. Künftige ältere Generationen werden im Umgang mit den Informations- und Kommunikationstechnologien geübt sein. Die Möglichkeiten dieser Technologien gilt es auch für Ältere zu nutzen und nutzbar zu machen. Dies betrifft sowohl die zur Verfügung gestellten Inhalte als auch deren adressatengerechte Aufbereitung und Vermittlung.

### Berücksichtigung der Migrantinnen und Migranten

Viele Migrantinnen und Migranten kehren nicht mehr in ihre Heimat zurück. Ihre Kinder sind hier geboren und haben eigene Familien gegründet. Die Bedürfnisse und Probleme der Migrantinnen und Migranten der ersten Generationen unterscheiden sich im Alter aufgrund der verschiedenen kulturellen Prägungen, der oft geringen Deutschkenntnisse und der ungenügenden sozialen Integration teilweise deutlich von jenen der gleichaltrigen Schweizerinnen und Schweizer. Hier zeichnet sich in Zukunft zunehmender Handlungsbedarf ab, um auch für diese Gruppe ein Alter in Sicherheit und Würde in ihrer neuen Heimat zu gewährleisten.







## UMSETZUNGS- VORSCHLÄGE WOHNEN IM ALTER



### Quartierentwicklung

Die Bedürfnisse von verschiedenen Zielgruppen sollen bei Quartierentwicklungsprojekten berücksichtigt werden.

### Vielfalt der Wohnformen

Neue Wohnformen für das Alter sind durch die Nutzung der vorhandenen Möglichkeiten (Starthilfebeiträge), aber auch durch stadtplanerische Initiativen zu fördern, z.B. bei der Entwicklung grösserer Überbauungen, der Erschliessung von Neubaugebieten und der Umnutzung von Industriebrachen.

### Freiwilligenarbeit

Die verschiedenen Formen von Freiwilligenarbeit sind zu fördern und zu unterstützen.

### Präventions- und Gesundheitsförderung

Investitionen in Projekte zugunsten älterer Menschen (z.B. präventive Hausbesuche, Programme zur Sturzprophylaxe, Seniorensport) sind zu prüfen.

### Hilfe und Pflege zu Hause

Das Angebot ist umfassend verfügbar und in hoher Qualität zu gewährleisten. Auf diese Weise soll älteren Menschen ermöglicht werden, so lange wie möglich selbstständig zu wohnen und zu leben. Verbesserungen sind insbesondere bezüglich Verfügbar-

keit an Randzeiten, Notfalldienst und Entlastungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige denkbar.

### Koordination der Angebote

Die Zusammenarbeit an den Schnittstellen zwischen Angeboten der Hilfe und Pflege zu Hause, den stationären Alterseinrichtungen sowie den Akutspitälern ist zu fördern, im Hinblick auf ein an den Bedürfnissen der alten Menschen und ihren Angehörigen angepasstes Dienstleistungsangebot.

## UMSETZUNGS- VORSCHLÄGE SOZIALE TEILHABE IM ALTER UND SOLIDARITÄT ZWISCHEN DEN GENERATIONEN



### Unterstützung von Projekten

Aktivitäten von Organisationen, Vereinen und Privatpersonen im Bereich Alter und Generationen sollen gefördert werden. Zu diesem Zweck sollen Unterstützungsbeiträge für Projekte zur Förderung der Alters- und Generationenkultur ausgerichtet werden. Innovative Projekte können Starthilfe erhalten und mit Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden. Damit werden nicht nur Leistungserbringer und Betroffene, sondern auch die Bevölkerung in die Alterspolitik einbezogen. Dies dient ebenfalls der Sensibilisierung der Bevölkerung für Alters- und Generationenfragen.

### Soziokultur und Gemeinwesenarbeit

Die Schaffung eines Senioren- oder Generationensekretariats ist zu prüfen. Alternativ dazu kann ein räumlicher Ansatz mit Quartierzentren verfolgt werden. In diesen können zielgruppenspezifische Gemeinwesenarbeit und soziokulturelle Angebote geleistet, die Infrastruktur für selbstorganisierte oder begleitete Soziokultur bereitgestellt, aber auch ein Quartiersekretariat eingerichtet werden.

### Weiterentwicklung des E-Governments

Initiativen und Angebote, die zum Ziel haben, den digitalen Graben zwischen den Generationen zu überwinden und solche, die den älteren Menschen mit ihren spe-

zifischen Bedürfnissen die Teilhabe am digitalen Fortschritt ermöglichen, sollen gefördert werden, ohne die bisherigen vertrauten Kontaktmöglichkeiten (persönlich am Schalter oder per Telefon) zu gefährden.

### Barrierefreie Verwaltung

Die speziellen Bedürfnisse älterer und behinderter Menschen in der Kommunikation mit Amtsstellen sollen besser berücksichtigt werden, z.B. durch Schulung und Sensibilisierung der Verwaltung und der beauftragten Leistungserbringer. Auch bauliche und organisatorische Massnahmen im Schalterbereich können erforderlich sein sowie die Sicherstellung eines barrierefreien städtischen Webauftritts.

### Barrierefreie Mobilität

Die Verwaltung, die beauftragten Leistungserbringer sowie private Bauherren sollen für die Bedürfnisse älterer und behinderter Menschen durch eine entsprechende Kampagne sensibilisiert werden.

### Sicherheit im öffentlichen Raum

Gute Ausleuchtung von Strassen, Wegen und Plätzen sowie klare, gut sichtbare Markierungen tragen zur Sicherheit bei, ebenso der entsprechende Unterhalt des öffentlichen Raums und die Schneeräumung im Winter.

### Migration und Alter

Die künftigen Herausforderungen infolge der Alterung der immigrierten Bevölkerung sind quantitativ und qualitativ zu analysieren, um entsprechende Massnahmen ergreifen zu können.

## **Impressum**

Grundlage für diese Broschüre ist das Grundlagen-dokument «Städtische Alters- und Generationen-politik», das im März 2009 vom Stadtrat zur Kenntnis genommen wurde.

**Herausgeberin** Stadt St. Gallen, Amt für Gesellschaftsfragen

**Text** Ausschuss der Konferenz für Alters- und Behindertenfragen

**Redaktion** Katja Meierhans Steiner, Karolina Weber

**Gestaltung** Die Gestalter AG, St. Gallen

**Bilder** Regina Kühne (Titelbild), Jan Tisato, Archive

**Bezugsquelle** Amt für Gesellschaftsfragen,  
Amtshaus, Neugasse 1–3, 9004 St. Gallen,  
Tel. 071 224 54 41,  
gesellschaftsfragen@stadt.sg.ch

**Online** [www.gesellschaftsfragen.stadt.sg.ch](http://www.gesellschaftsfragen.stadt.sg.ch)

**Copyright** Stadt St. Gallen, Amt für Gesellschaftsfragen, 2010, Abdruck – ausser für kommerzielle Zwecke – unter Angabe der Quelle gestattet

St. Gallen, Januar 2010

**Amt für Gesellschaftsfragen**

Stadt St.Gallen

Amtshaus

Neugasse 1-3

9004 St.Gallen

Tel. 071 224 54 41

[gesellschaftsfragen@stadt.sg.ch](mailto:gesellschaftsfragen@stadt.sg.ch)

[www.gesellschaftsfragen.stadt.sg.ch](http://www.gesellschaftsfragen.stadt.sg.ch)